

2/2018**NACHHALTIGE
LANDWIRTSCHAFT &
EU-AGRARPOLITIK****Eine gerechte Agrarpolitik
nach 2020. Seite 4****Dampf machen für bienen-
freundliche Landwirt-
schaft! Seite 6****Sojaanbau gefährdet nach-
haltige Entwicklung. Seite 7****EDITORIAL****Klemens van de Sand**Mitglied des Vorstandes
von Germanwatch

Ein Gutes hatte der Hitzesommer: Landwirtschaft wurde in der öffentlichen Diskussion als Opfer, aber auch Mitverursacher der Klimaerwärmung wahrgenommen. Der Druck auf die Agrarpolitik, den bisherigen Weg einer ständig steigenden Massenproduktion ohne Rücksicht auf die damit verbundenen katastrophalen Schäden zu verlassen, ist gestiegen. Konzepte für das geforderte radikale Umsteuern und eine Neuausrichtung auf die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) liegen seit langem auf dem Tisch: weniger Vieh und mehr Tierwohl, mehr Vielfalt auf den Feldern. Jetzt hat die EU-Kommission angekündigt, EU-Subventionen auch an Klima- und Umweltschutzmaßnahmen zu knüpfen. SDG-konform umgesetzt, würde das LandwirtInnen und VerbraucherInnen nutzen und verhindern, dass ländliche Räume wirtschaftlich und sozial abgehängt werden. Jetzt geht es darum, die Vorschläge für die Neugestaltung der Landwirtschaft in Europa voranzutreiben und nicht durch die Agrarlobby und ihre Verbündeten in den Landwirtschaftsministerien verwässern zu lassen. Die Wahl zum europäischen Parlament im Mai nächsten Jahres muss zu einer Abstimmung auch darüber werden!



Große Ziele – kurzer Sprung

Die Europäische Kommission will die Agrarpolitik an den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung ausrichten – hält aber bisher an den gescheiterten Instrumenten fest



Foto: Chris Grodzki / Greenpeace

Die Zukunft der Landwirtschaft? Feuerwehr bei Löscharbeiten eines Feldbrandes während der Hitzeperiode Anfang Juli bei Thallwitz, Sachsen.

In kaum einem Politikbereich verfügt die Europäische Union über so weitreichende Kompetenzen wie in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie ist seit den 1960er Jahren eines der wichtigsten Politikfelder der EU. Sie bestimmt mit, wie unsere Lebensmittel erzeugt werden, wie dafür Boden, Wasser und Saatgut genutzt werden; wie sich ländliche Räume entwickeln, ob Bauernhöfe erhalten werden und wie der Handel mit Agrargütern auf die Länder des Südens wirkt. Kurz, wer Landwirtschaft und Ernährung in Europa zukunftsfähig gestalten will, kommt an der EU und ihrer GAP nicht vorbei.

Über Finanzierung und Instrumente der GAP entscheiden die Kommission, der Rat (also die Mitgliedsstaaten) und das Europäische Parlament alle sieben Jahre neu. Im Juni 2017 hat die Kommission ihre Vorschläge veröffentlicht – und ihr Anspruch ist hoch! Die GAP soll zu den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) und zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen. Gleichzeitig soll sie einfacher und unbürokratischer werden. Bislang aber trägt die europäische Landwirtschaft maßgeblich zum Verlust der biologischen Vielfalt, der Gewässerbelastung und der Emission von Treibhausgasen bei. Gleichzeitig geben immer mehr Betriebe auf. Arbeitsplätze und Einkommen im ländlichen Raum gehen verloren.

EU-Agrarpolitik ist bislang alles andere als nachhaltig

Auch international und mit Blick auf entwicklungspolitische Ziele gibt es noch große Herausforderungen. Die EU ist weiter zweitgrößte Abnehmerin von Soja aus Lateinamerika, bei dessen Anbau wertvolle Biotope zerstört und große Mengen an Pestiziden verwendet werden. Die für die internationalen Märkte besonders schädlichen Exportsubventionen sind seit 2015 nicht mehr Bestandteil der GAP und wurden auch schon einige Jahre zuvor kaum noch angewandt. Gleichwohl sind die EU-Exporte wichtiger Nahrungsmittel wie Weizen, Milch, Schweine- und Geflügelfleisch seit den 1990er Jahren deutlich gestiegen. Dabei ist Afrika ein wichtiger Absatzmarkt. Gemäß den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung sollen jedoch Produktivität und Einkommen der Kleinbauern und -bäuerinnen weltweit bis 2030 verdoppelt werden. In den Elementen der *Marshallplans mit Afrika* gibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sogar das Ziel vor, dass Afrika sich selbst ernähren solle und könne. Mit den hohen und weiter steigenden Exporten von Grundnahrungsmitteln dorthin passt das nicht zusammen.

Man hätte also erwarten können, dass die EU-Kommission eine grundlegend andere GAP vorschlagen würde, um die Nachhaltigkeits-

ziele zu erreichen. Leider ist sie davor zurückgeschreckt. Die wichtigste und in der Tat grundlegende Neuerung ist, dass auf EU-Ebene nicht mehr detailliert vorgegeben werden soll, wie die Instrumente der GAP einzusetzen sind. Vielmehr soll jedes Mitgliedsland einen eigenen Umsetzungsplan erarbeiten, in dem es beschreibt, wie es die auf europäischer Ebene definierten Ziele erreichen will. Die Kommission will dann prüfen, ob die Pläne plausibel sind und auf dieser Grundlage die GAP-Mittel auszahlen. Anschließend müssten die Mitgliedstaaten jährlich zeigen, dass sie das



Wachsende Exporte aus der EU verbauen Perspektiven für die Landwirtschaft in Afrika.

Geld so ausgegeben haben, wie in den Plänen vorgesehen, und dann nach einigen Jahren, dass die angestrebten Wirkungen erreicht wurden.

Im Prinzip ist dieser Ansatz nicht falsch. Der Vorschlag der Kommission enthält allerdings eine Reihe von Problemen. Die konkretisierten

Zielvorgaben für die GAP und damit die nationalen Strategiepläne umfassen nicht nur Ernährungssicherheit, Umwelt- und Klimaschutz sowie ländliche Entwicklung und Einkommen. Marktorientierung und Wettbewerbsfähigkeit sind gleichermaßen aufgeführt. Dabei bleibt offen, wie mit möglichen Zielkonflikten umgegangen werden soll. Damit besteht die Gefahr, dass viele Mitgliedstaaten wie bisher die Wettbewerbsfähigkeit einseitig in den Vordergrund stellen. Und in der Tat könnten Wettbewerbsnachteile für LandwirtInnen in den Mitgliedstaaten entstehen, die die GAP-Mittel an ehrgeizige Umwelt- und Klimaziele koppeln, während andere dies nicht tun. In jedem Fall werden konventionelle Bauernverbände und Agrarindustrie genau so argumentieren.

Budget nachhaltig umwidmen statt kürzen

Noch problematischer ist die Tatsache, dass die Kommission vorsieht, weniger Mittel für die GAP auszugeben. Besonders stark sollen dabei die Programme für ländliche Entwicklung gekürzt werden, also gerade die, die bislang gezielt Umweltprogramme und benachteiligte Gebiete unterstützen. Als wichtigstes Instrument blieben die Direktzahlungen, die jeder Betrieb abhängig von seiner Fläche erhält. Diese lassen sich zwar noch sinnvoller ausgestalten als bislang (s. Kasten auf S. 4), reichen allein aber nicht aus, um den notwendigen Umbau der Landwirtschaft und besonders der Tierhaltung anzustoßen.

Um die GAP tatsächlich wirksam auf die globalen Nachhaltigkeitsziele auszurichten, sind mutigere Schritte nötig. Grundsätzlich ist an-

zuerkennen, dass eine europäische Landwirtschaft, in der ökologische und soziale Kosten nicht mehr auf die Gesellschaft abgewälzt werden, im internationalen Preiswettbewerb nicht konkurrenzfähig sein kann. Die LandwirtInnen brauchen konsequente Unterstützung darin, ihre Erzeugung auf höhere Qualität und damit auch höhere Preise auszurichten.

Im GAP-Budget muss daher mehr Geld für ländliche Entwicklung und dort insbesondere den Umwelt- und Klimaschutz vorgesehen werden. So können die nötigen Investitionen in den Umbau der Landwirtschaft und insbesondere der Tierhaltung finanziert werden. Die an die Fläche gebundenen Direktzahlungen müssen schrittweise so umgeschichtet werden, dass sie ebenfalls nur an Betriebe gehen, die mit ihrer Wirtschaftsweise einen gesellschaftlichen Nutzen für biologische Vielfalt, Klima, Tierschutz und das Leben im ländlichen Raum schaffen. Gleichzeitig muss die EU-Kommission klarmachen, dass sie nationale Aktionspläne der Mitgliedstaaten nur dann genehmigt und finanziert, wenn sie transparent und nachvollziehbar auf Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet sind.

In einer so umgestalteten GAP spielen die Erzeugerpreise eine noch wichtigere Rolle für die Einkommen der Landwirte. Das erfordert auch Instrumente, um auf plötzliche Preiseinbrüche zu reagieren – zum Beispiel durch Anreize, dann die Erzeugung kurzfristig einzuschränken. Aus entwicklungspolitischer Sicht würde eine so reformierte GAP letztlich auch europäische Billigexporte in Entwicklungsländer verhindern.

Tobias Reichert

Klimaschutz in die EU-Agrarpolitik!

Um das 2015 im Klimaabkommen von Paris vereinbarte Ziel zu erreichen, die Erderwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2 Grad, möglichst nah an 1,5 Grad zu begrenzen, muss auch die Landwirtschaft ihre Emissionen praktisch auf null reduzieren.

In einem vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Europäischen Klimainitiative (EUKI) geförderten Projekt analysiert das Europäische Umweltbüro (EEB) zusammen mit Germanwatch und Organisationen aus vier weiteren EU-Mitgliedsländern Maßnahmen, mit denen der Ausstoß von Treibhausgasen in der Landwirtschaft verringert werden kann. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf möglichen Umsetzungsbarrieren für die LandwirtInnen, sowie auf etwaigen Zielkonflikten zum Beispiel zu biologischer Vielfalt oder Luftqualität.

Die Europäische Kommission hat am 1. Juni ihren Vorschlag für die Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgestellt. Danach sollen die Mitgliedsstaaten strategische Pläne aufstellen, mit denen sie die Ziele ländliche Entwicklung, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit erreichen wollen. Dabei sollen 40 % der Direktzahlungen automatisch als Beitrag zum Klimaschutz angerechnet werden. Dieser Ansatz lässt jedoch die damit tatsächlich erzielte Reduktion der Treibhausgase gänzlich außer Acht. Zudem könnte diese Methode dazu genutzt werden, Praktiken, welche unseren gemeinsamen Klimazielen entgegenstehen, als Beitrag zum Klimaschutz an- und schönzurechnen. Ein Beispiel hierfür ist der Anbau von Biomasse (Mais) auf Moorböden. Entsprechend wurde diese Anrechnungsmethode auch bereits vom Europäischen Rechnungshof kritisiert.

Debatte über Maßnahmen notwendig

Im Rahmen des Projekts wurde eine Reihe von Maßnahmen diskutiert, die bei richtiger Anwendung zu Emissionsminderungen führen.

Eher technische Ansätze umfassen das Abdecken von Gülletanks und -gruben oder den effizienteren Einsatz von Stickstoffdünger. Solche Maßnahmen können auch im bestehenden intensiven Agrarsystem relativ schnell umgesetzt werden. Auch Maßnahmen um den Gehalt des Kohlenstoffs im Boden zu erhalten und zu steigern (belassen von Ernterückständen, Mulchsaat) erfordern keine grundlegenden Änderungen.

Technische Maßnahmen und der alleinige Fokus auf eine Senkung der Emissionsintensität werden jedoch nicht ausreichen. Zudem zeigt

beispielsweise der jüngste Emissionsanstieg in Irlands Milchsektor, trotz vorhandener Agrar-Klimaschutzmaßnahmen, wie notwendig eine ganzheitliche Perspektive ist. Hier müssen sich auch Konsum- und Handelsstrukturen verändern und es muss eine Betrachtung der Emissionen entlang der Lieferkette erfolgen. Damit werden auch die bei der Produktion von (importierten) Futtermitteln oder synthetischen Düngemitteln entstehenden Emissionen in den Blick genommen.

Zu den Lösungen gehört etwa der Wechsel zu landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit geringerem CO₂-Fußabdruck (vor allem von tierischen zu pflanzlichen Lebensmitteln), an einigen Standorten der Übergang zur Agroförstwirtschaft oder die Wiedervernässung von Moorböden. Diese haben oft gleichzeitig positive Nebeneffekte für Biodiversität, Tierwohl und eine gesunde Ernährung.

All dies erfordert eine Debatte darüber, welche Maßnahmen langfristig den größten Nutzen für Umwelt, Klima und Gesellschaft bringen und im Rahmen der GAP gefördert werden sollten. Und nicht zu letzt sollte die GAP auch den Übergang zu einer gesünderen und nachhaltigeren Ernährung fördern.

*Stephan Piskol,
Europäisches Umweltbüro (EEB)*

Auswirkungen der EU-Agrarpolitik im Globalen Süden

Seit den 1980er Jahren wurde die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union auch für ihre internationalen Wirkungen heftig kritisiert: Subventionen, die gezielt für den Export landwirtschaftlicher Produkte gezahlt wurden, führten mit zum Verfall der Weltmarktpreise und verdrängten gerade in Entwicklungsländern vor allem kleinere Betriebe von ihren lokalen Märkten. Dagegen wendete sich Anfang der 1990er Jahre eine der ersten Kampagnen von Germanwatch und die internationale Bauernbewegung Via Campesina, bei der auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Mitglied ist, kritisiert schon lange das so ermöglichte Preisdumping der EU. Dieser Druck führte zusammen mit handelspolitischen Konflikten und steigenden Ausgaben dazu, dass in der GAP schließlich Exportsubventionen und hohe garantierte Preise abgeschafft und durch Flächenprämien ersetzt wurden. Diese werden unabhängig davon gezahlt, was die Landwirte in welcher Menge und für welchen Markt erzeugen und gelten daher als nur minimal handelsverzerrend. Seit 2015 sind Exportsubventionen durch einen Beschluss der Welthandelsorganisation WTO weltweit verboten.

Die EU-Exporte wichtiger Erzeugnisse wie Weizen, Schweine- und Geflügelfleisch sowie Milch sind gleichwohl gestiegen. Der afrikanische Kontinent ist ein besonders wichtiger Absatzmarkt: ein Viertel der EU-Weizen- und Mehlexporte geht nach Afrika südlich der Sahara, wo sie mit lokal angepassten Nahrungspflanzen wie Hirse, Cassava und Yams konkurrieren. Bei Geflügelfleisch gingen 2017 sogar 42 % der gesamten EU-Exporte in diese Region.

Wachstumskurs schadet letztlich LandwirtInnen und Umwelt

Die jetzigen Export-„Erfolge“ der EU hängen also nicht mit direkten Exportsubventionen zu-

sammen. Seit Jahren propagieren PolitikerInnen und VerbandsfunktionärInnen, dass die Landwirtschaft exportieren muss, um die Erzeugung steigern zu können. Die öffentliche Förderung von Investitionen in immer größere Ställe unterstützt den Ausbau der Produktion. 2015 fiel zudem die seit den 1980er Jahren geltende verbindliche Begrenzung der Milcherzeugung weg. Damit sollten die europäischen Molkereien wachsende Exportchancen am Weltmarkt nutzen können. Als die Weltmarktpreise dann aufgrund der höheren EU-Exporte zusammenbrachen, mussten auch die Milchviehbetriebe in der EU dramatische Verluste in Kauf nehmen. Viele gaben auf, andere konnten nur mit staatlichen Notkrediten erhalten werden. Die Exportorientierung wirkt sich auch negativ auf die Umweltstandards in der Landwirtschaft aus. So wurden in einigen EU-Staaten, so auch Deutschland, wirksame Maßnahmen zum Gewässerschutz mit dem Hinweis auf negative Effekte auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit abgelehnt. Erst auf Druck der EU-Kommission wurden wirksamere Maßnahmen eingeführt. Die Bäuerinnen und Bauern werden nun einerseits zur Intensivierung gedrängt und stehen andererseits höheren Auflagen und Kosten gegenüber.

Auch die von der Mehrheit der ÖkonomInnen geteilte Bewertung, dass Flächenprämien kaum Auswirkungen auf den Handel haben, ist zu hinterfragen. Die Erzeugung von Weizen, Milch und Schweinefleisch für den Export profitiert von 2,2 Milliarden Euro. An den Gesamteinnahmen für den Exportanbau (Exporterlöse plus Flächenprämien) macht dies etwa 17 % aus. Modellrechnungen kommen zum Ergebnis, dass die EU-Nettoexporte von Schweinefleisch ohne Flächenprämien um 16 % sinken würden, die von Weizen um 20 % und von Hühnerfleisch sogar um drei Viertel. Gerade in Afrika wäre wohl mit verringerten Importen und höheren Preisen zu rechnen. In Kombination mit einer aktiven Agrarpolitik und gezielter Entwicklungszusammenarbeit für den Sektor könnte dies vor Ort dringend notwendige Investitionen

auslösen, um die sehr niedrige Produktivität zu steigern.

Mit den Exportsubventionen hat die EU zwar ein international und entwicklungspolitisch besonders schädliches Instrument ihrer Agrarpolitik abgeschafft. Unproblematisch ist sie deswegen noch lange nicht. Die europäische Landwirtschaft ist erst dann international verträglich, wenn die derzeit für Flächenprämien verwendeten Milliarden in den Umbau zu einer ökologisch- und klimaverträglichen Landwirtschaft und eine artgerechte Tierhaltung mit mehr Platz, Auslauf und Weidehaltung fließen.

*Tobias Reichert, Germanwatch
& Berit Thomsen, AbL*

Warum ich Germanwatch wichtig finde ...



Andreas Nickl
Schauspieler und
Sprecher

Eigentlich wissen wir doch, dass die Auswüchse der Lebensmittelindustrie die Erde gefährden: Menschen, Tiere, die Umwelt und den globalen sozialen Frieden. Es wird diskutiert aber viel zu wenig unternommen. Germanwatch macht uns unermüdlich und voller Sachkenntnis auf die Zusammenhänge von Profit, Ausbeutung und Umweltzerstörung aufmerksam. Dass sich die Politik ändern muss, aber auch jeder Einzelne über seinen Lebensstil nachdenken muss. Deshalb sind sie für mich eine wichtige Kraft, die Dinge in Bewegung zu bringen.

Eine gerechte Agrarpolitik nach 2020

Ein Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ist seit langem darauf ausgerichtet, die Ernährungswirtschaft international wettbewerbsfähiger zu machen. Dieses Ziel drängt gesellschaftliche Anliegen wie Umwelt-, Klima-, und Tierschutz beiseite. Die Qualität der Lebensmittel leidet, hunderttausende bäuerliche Betriebe landen im wirtschaftlichen Abseits und mit ihnen viele ländliche Regionen. Die beträchtlichen finanziellen Mittel der GAP müssen gezielt auf Qualität und nachhaltige Erzeugung ausgerichtet werden. Dazu braucht es Marktregeln, die schwere Krisen wie die 2015/2016 am Milchmarkt verhindern.

Die Qualität und Vielfalt der Lebensmittel und das Gesicht der Kulturlandschaften hängen untrennbar mit den Wirtschaftsweisen zur Erzeugung der Lebensmittel zusammen. Bäuerliches Wirtschaften in seiner Vielfalt hat den Reichtum an Tier- und Pflanzenarten in unseren Landschaften mit hervorgebracht. Bäuerinnen und Bauern leisten also viel für die Gesellschaft, aber es gibt auch handfeste Probleme.

Statt wie bisher die Direktzahlungen als mit Abstand finanzstärkstes Instrument der Agrarpolitik weiter pauschal je Hektar Nutzfläche zu zahlen, schlägt die Arbeitsgemein-

schaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) vor, damit konkrete gesellschaftliche Leistungen zu honorieren.

Jedes der unten aufgeführten Kriterien wird mit Punkten gewichtet. Je stärker ein Betrieb ein Kriterium erfüllt, desto mehr Punkte bis zur möglichen Höchstzahl erhält er. Die erreichten Punkte gehen dann in die Berechnung der betriebsindividuellen Direktzahlung ein. Je höher die Punktzahl, desto höher die Zahlung. Weil der finanzielle Aufwand für eine Leistung je Hektar bzw. je Tier mit zunehmender Hektar- bzw. Tierzahl sinkt, werden die Zahlungen degressiv gestaltet. Ab einer Schwelle von z. B. 200 ha oder 200 Großvieheinheiten werden Punkte weniger hoch vergütet. Im Gegenzug wird für Punkte für die ersten 30 Hektar pro Betrieb bzw. 30 Großvieheinheiten eine zusätzliche Prämie gezahlt, um kleinere und mittlere Betriebe gezielt zu unterstützen. Mit diesem System würden die Direktzahlungen endlich an konkrete gesellschaftliche Leistungen geknüpft und der Kostenvorteil großer Einheiten zumindest teilweise ausgeglichen.

Auch wenn die Direktzahlungen sinnvoller und gerechter gestaltet werden, erzielen LandwirtInnen weiter einen großen Anteil ihres Einkommens aus dem Verkauf ihrer Er-

zeugnisse. Marktkrisen, die zu einem starken Preisverfall und existenzgefährdenden Einkommensverlusten führen, sollten daher so weit wie möglich vermieden werden. In die GAP müssen deshalb Instrumente aufgenommen werden, mit denen schwere Krisen wie 2015/16 bei der Milch begegnet werden kann. Zentral ist dabei die Möglichkeit, Mengen zu begrenzen, wenn ein Überangebot die Preise nach unten drückt. Zunächst sollten Erzeugerorganisationen und Branchenverbände die Mengen drosseln dürfen. Wenn dies nicht ausreicht, sollte die EU-Kommission befristete mengenbegrenzende Maßnahmen ergreifen dürfen. Damit würden ruinöse Preise in der EU genauso verhindert wie Exporte, die Betriebe in anderen Teilen der Welt, insbesondere in Entwicklungsländern, gefährden.

Ulrich Jasper & Berit Thomsen, AbL

Weiterführende Informationen:

www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik/punktesystem

Kriterien des AbL-Punktesystems

Kriterien für Tierwirtschaft

- Mehr Platz je Tier im Stall
- Eingestreute Liegeflächen ohne Spaltenboden (z.B. Stroh)
- Außenklimabereich
- Auslauf
- Weidehaltung / Freiland
- Flächenbindung der Tierhaltung (Tierbesatz je ha)
- Gentechnikfreie Fütterung

Kriterien für Flächenwirtschaft

- Vielfältige Flächenstruktur (Schlaggröße)
- Vielfalt der Fruchtfolge
- Leguminosenanbau
- Verzicht auf Totalherbizide
- Anteil Landschaftselementen
- Anteil Grünland
- Anteil extensives Grünland
- Gentechnikfreie Bewirtschaftung
- Naturbedingte Standortnachteile
- Lebensmittelerzeugung statt Nachwachsende Rohstoffe
- Ausgeglichene Nährstoffbilanzen

Quelle: AbL

Das System der industriellen Fleisch- und Milchproduktion insgesamt ist in Frage zu stellen

Interview mit Shefali Sharma, Direktorin des europäischen Büros des Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP)

Ihr Institut für Landwirtschafts- und Handelspolitik hat kürzlich die Studie „Emission Impossible“ zur Klimarelevanz der Fleisch- und Molkereiindustrie herausgegeben. Wie ist sie im Vergleich zu anderen Industrien einzuordnen?

Die fünf größten Fleisch- und Milchkonzerne der Welt emittieren zusammen mehr Treibhausgase als jeder einzelne der großen Ölkonzerne Exxon, Shell oder BP. Die schieren Massen an Fleisch und Milch, die in Industrieländern erzeugt werden, tragen damit heute schon massiv zum Klimawandel bei. Dennoch planen die Konzerne noch weiter zu wachsen.

Wie passen diese Pläne zu den Klimazielen von Paris?

Gar nicht. Bis 2050 müssen wir die globalen Emissionen um 18 Milliarden Tonnen (CO₂-äquivalent) reduzieren, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Wenn alle anderen Sektoren diesen Weg gehen, während die Fleisch- und Milchindustrie wie prognostiziert weiterwächst, könnte der Tierhaltungssektor in nur 32 Jahren 80 Prozent des zulässigen Treibhausgas-Budgets verschlingen.

Gibt es Pläne der Fleisch- und Milchkonzerne, ihre Emissionen zu verringern?

Vierzehn der 35 untersuchten Konzerne haben in irgendeiner Form Emissionsreduktionsziele angekündigt. Allerdings berichten die meisten der weltweit größten Fleisch- und Molkereikonzerne über ihre Emissionen nicht oder nicht umfassend. Und die Pläne sind meist wenig ehrgeizig und zum Teil nicht glaubwürdig.

Worin unterscheiden sich glaubwürdige von unglaublichen Treibhausgasberechnungen?

Nur sechs Konzerne geben auch die Emissionen aus ihrer Lieferkette an und berücksichtigen sie in ihren Zielen. Alle anderen ignorieren die Emissionen ihrer Lieferanten aus Aufzucht der Tiere und dem Futtermittelanbau, obwohl diese bis zu 90 Prozent der Gesamtemissionen ausmachen. Und selbst die sechs Konzerne, die auch die Emissionen aus den Lieferketten



reduzieren wollen, verfangen sich dabei in einem Widerspruch: Sie wollen nur Emissionen pro Kilo Milch oder Fleisch reduzieren, aber zugleich Produktion und Exporte weiter steigern. Mögliche Effizienzgewinne, werden so „aufgefressen“ und die Gesamtemissionen wachsen auch bei ihnen in noch dramatischere Höhen.

Welche weiteren Probleme neben den Klimawirkungen entstehen aus Ihrer Sicht aus der industriellen Fleisch- und Milcherzeugung?

Die Fleischwirtschaft hat auch eine globale Verantwortung für die Ausbreitung von multiresistenten Krankheitserregern. Wenn der aktuelle Trend sich fortsetzt, wird der globale Antibiotikaverbrauch in Tierhaltungen zwischen 2010 und 2030 um etwa zwei Drittel zunehmen. Rund zwei Drittel davon wiederum entstehen aus dem schieren Wachstum der Produktion. Das andere Drittel entsteht durch die Industrialisierung der Tierhaltung. In industriellen Stallanlagen können sich Erreger schnell ausbreiten, Tiere verletzen sich gegenseitig und müssen behandelt werden. Zudem werden Antibiotika als Leistungsförderer eingesetzt, da die Tiere unter Antibiotikaeinfluss schneller an Gewicht zunehmen.

Viele Regierungen befürchten, dass Fleisch und Milch zu teuer werden, wenn LandwirtInnen konsequenter Klimaschutz betreiben und den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung stark verringern. Wie begegnen Sie diesem Argument?

Mit jedem Antibiotikaeinsatz werden einige resistente Erreger hervorgerufen. Industrielle Tierhaltungen haben einen hohen Antibiotikabedarf und weisen daher hohe Resistenzraten auf. In Deutschland trägt jede zweite Hähnchenfleischprobe im Supermarkt multiresistente Erreger. Die scheinbar kostengünstige industrielle Fleischproduktion treibt die Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen voran. Die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO sieht darin die Gefahr, dass industrielle Tierhaltungssysteme bald schon nicht mehr funktionieren, weil keine wirksamen Antibiotika mehr zur Verfügung stehen. Von den Wirkungen auf

Menschen, für die lebenswichtige Medikamente nicht mehr zur Verfügung stehen, ganz zu schweigen. Die höheren Kosten hat die industrielle Tierhaltung.

Mitte Oktober 2018 findet in Berlin der Gipfel der Weltgesundheitsorganisation WHO statt, auf dem Antibiotikaresistenzen eine zentrale Rolle spielen. Was raten Sie den Regierungen der Welt mit Blick auf die Umsetzung der Ziele der Agenda 2030, insbesondere dem, Gesundheit für alle zu erreichen?

Antibiotikaresistenzen stehen auch auf Initiative der Bundesregierung international weit oben auf der Tagesordnung. Die WHO und andere Organisationen wie die G 20 verfolgen den One-Health-Ansatz. Das bedeutet, Resistenzen bei Menschen, Tieren und in der Umwelt koordiniert zu bekämpfen. Daher muss Tierhaltung auch auf dem Weltgesundheits-Gipfel eine wichtige Rolle spielen. Dabei reicht es nicht aus, Antibiotika nur als Masthilfen zu verbieten und technische Ansätze zur Resistenzbekämpfung zu entwickeln. Vielmehr muss das System der industriellen Fleisch- und Milchproduktion aus verschiedenen Gründen insgesamt in Frage gestellt werden. Die Industrieländer, in denen insgesamt und pro Kopf am meisten Fleisch und Milch erzeugt werden, müssen vorangehen. Nötig ist eine klare Strategie, um die Fleisch- und Milchproduktion zu senken.

Interview: Reinhild Benning

AKTION

Dampf machen für bienenfreundliche Landwirtschaft!

Protestaktion mit Reden und gemeinsamem Essen

**Samstag, 27.10., 12 Uhr,
Brandenburger Tor (Berlin)**

Wichtige Entscheidungen über unser Essen und unsere Landwirtschaft stehen an! Mit einer Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik kann die Agrar- und Ernährungswende gestemmt werden. Doch die PolitikerInnen in Berlin und Brüssel drücken sich vor dem entscheidenden Kurswechsel.

Agrarministerin Julia Klöckner hat versprochen, unsere Bienen zu schützen. Jetzt muss sie Wort halten: Statt die Agrarindustrie weiterhin mit Subventionen zu mästen, müssen die Gelder den Bäuerinnen und Bauern zugutekommen, die für die Agrarwende ackern und gutes Essen für alle produzieren – klima-, umwelt- und tierfreundlich!



**goodfood.
farming**
EUROPEAN DAYS OF ACTION
OCT. 27/28 2018

Werde Teil der europäischen Bewegung!

Von Madrid bis Sofia und von Kopenhagen bis Malta sagen tausende EuropäerInnen Ende Oktober Ja zu guter Landwirtschaft und gutem Essen! **Wir haben es satt!*** – das breite Bündnis aus Landwirtschaft, Imkerei, Ernährungsbewegten, Umwelt- und Tierschutz – macht in Berlin Dampf für eine bienen- und insektenfreundliche Landwirtschaft! Sei dabei: Bring deinen Kochtopf oder Smoker mit!

Website der Europäischen Aktionstage am 27. und 28. Oktober mit allen registrierten Veranstaltungen:

www.goodfoodgoodfarming.eu

* Germanwatch ist im Trägerkreis von „Wir haben es satt!“
und der Kampagne „Meine Landwirtschaft“.

Wie misst Deutschland Fortschritte zur nachhaltigen Landwirtschaft?

„Kein Hunger“, so lautet die Kurzfassung des zweiten der siebzehn im Jahr 2015 international beschlossenen, globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs). In Deutschland muss kaum jemand hungern – ist damit für uns das Ziel schon erreicht? Nein, denn SDG 2 hat wie auch die anderen Ziele mehrere Dimensionen, bei denen es nicht nur um Hunger, sondern auch um gute Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft geht. Hier hat Deutschland besonders großen Nachholbedarf. Die Statistikkommission der Vereinten Nationen schlägt für SDG 2 insgesamt 14 Indikatoren vor. In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die sich eigentlich an den SDG orientiert, liegt der Fokus ganz auf nachhaltiger Landwirtschaft, allerdings werden dazu nur zwei Indikatoren festgelegt: Den **Stickstoffüberschuss** auf 70 kg pro Hektar zu verringern und den **Anteil der ökologischen Landwirtschaft** an der Agrarfläche auf 20 Prozent zu steigern. Angesichts der zahlreichen negativen Effekte von Stickstoffüberschüssen und den Vorteilen ökologischer Landwirtschaft sind beide Indikatoren an sich sehr relevant. Doch reichen sie aus?

Das Projekt 2030Watch vergleicht die von der Bundesregierung definierten Indikatoren mit anderen Nachhaltigkeitsindikatoren. Dabei zeigt das Projekt Themen auf, die im Nachhaltigkeitsmonitoring vernachlässigt werden oder zu denen es keine ambitionierten Ziele gibt. Aus dieser Sicht sind einerseits die Zielgrößen der Indikatoren nicht ehrgeizig genug, zum anderen können sie die Situation der Landwirtschaft in Deutschland nicht ausreichend abbilden:

• Viele ExpertInnen halten einen Stickstoffüberschuss von 70 kg pro Hektar für deutlich zu hoch. Daher schlägt 2030Watch in Anlehnung an das Umweltbundesamt und den Sachverständigenrat für Umweltfragen einen Zielwert von 50 Kg pro Hektar vor.

• Um den Anteil von ökologischer Landwirtschaft an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche bis 2030 auf 20 Prozent zu steigern, sind noch große Anstrengungen nötig: 2016 lag der Anteil erst bei 6,8 Prozent.

Im dieses Jahr erstellten internationalen ExpertInnengutachten zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird empfohlen, weitere Indikatoren aufzunehmen. In Anlehnung daran fordert 2030Watch drei weitere Indikatoren:

• Verringerung des **Einsatzes von Antibiotika in der Fleischproduktion**, der in

Deutschland im europäischen Vergleich besonders hoch liegt und damit die Gefahr der Entwicklung resistenter Keime und deren Verbreitung durch Fleischexporte birgt.

• Verringerung des **Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft**, von denen Deutschland ebenfalls vergleichsweise viele einsetzt, was zahlreiche Risiken für Umwelt und Biodiversität hat.

• Verringerung des **Fleischkonsums** pro Kopf, der in Deutschland doppelt so hoch liegt wie von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung empfohlen.

Auch mit diesen zusätzlichen Indikatoren würden nicht alle Aspekte der Landwirtschaft abgedeckt. Sie machen aber deutlich, dass der Handlungsbedarf hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft deutlich größer ist, als es in der aktuellen Berichterstattung der Bundesregierung dargestellt wird. Eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik erfordert auch ambitionierte Nachhaltigkeitsindikatoren, denn nur was gemessen wird, wird auch erledigt.

Rebecca Varghese Buchholz &
Claudia Schwegmann, 2030Watch

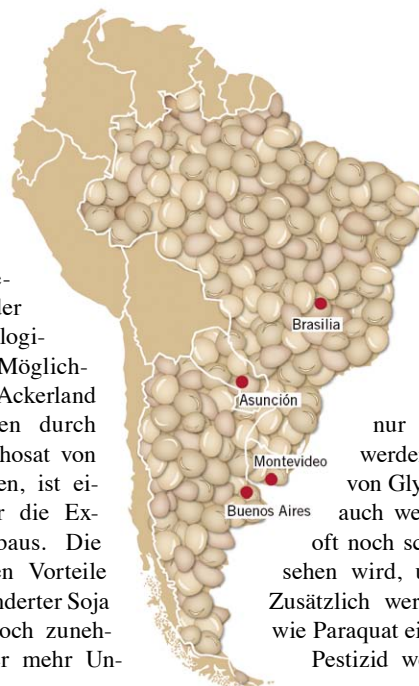
Mehr Informationen: www.2030-watch.de

Sojaanbau gefährdet nachhaltige Entwicklung

In den letzten dreißig Jahren ist in vielen Ländern Südamerikas der Sojaanbau für den Export drastisch angestiegen. Soja ist dort eines der wichtigsten Exportprodukte. Möglich wurde der Boom durch den Anbau gentechnisch veränderter Sojabohnen, die den Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat stark erleichtern. In einer aktuellen Studie für Germanwatch hat das Testbiotech Institut untersucht, wie der Sojaanbau und -handel auf einige der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) wirkt. Im Fokus stehen die Verfügbarkeit und die Qualität von Wasser, die menschliche Gesundheit, die biologische Vielfalt und der Klimaschutz.

Der Einsatz von Gentechnik und Glyphosat beim Sojaanbau hat AgrarunternehmerInnen in Argentinien, Brasilien und Paraguay durch

Rationalisierungseffekte hohe Gewinne beschert. Oft wuchsen Sojaflächen auf Kosten ländlicher, oft kleinbäuerlicher Bevölkerungsguppen, der Umwelt und der biologischen Vielfalt. Die Möglichkeit, auch frisch in Ackerland umgebrochene Flächen durch den Einsatz von Glyphosat von Unkräutern zu befreien, ist eine Voraussetzung für die Expansion des Sojaanbaus. Die betriebswirtschaftlichen Vorteile von gentechnisch veränderter Soja gehen inzwischen jedoch zunehmend verloren. Immer mehr Un-



kräuter haben sich an den Einsatz von Glyphosat angepasst. Die LandwirtInnen reagieren darauf, indem sie pro Hektar mittlerweile mehr als doppelt so viel ausbringen, wie noch vor einigen Jahren. Das ist für LandarbeiterInnen und AnwohnerInnen nicht nur wegen der immer deutlicher werdenden gesundheitlichen Risiken von Glyphosat problematisch. Sondern auch weil Glyphosat in der Regel mit oft noch schädlicheren Zusatzstoffen versehen wird, um die Wirkung zu steigern. Zusätzlich werden noch giftigere Herbizide wie Paraquat eingesetzt. In der EU darf dieses Pestizid wegen gesundheitlicher Risiken

für AnwenderInnen, also die LandwirtInnen, nicht mehr verwendet werden. Die Giftstoffe reichern sich in Oberflächen und Grundwasser an, und gefährden deshalb nicht nur kurzfristig Menschen, Tiere und Pflanzen.

Der Anstieg des Sojaanbaus geht mit massiven Verlusten und Schäden an Savannen, Feuchtgebieten, Wäldern und Grasland einher. Er führt zum Verlust biologischer Vielfalt und zur Emission von Treibhausgasen. Auch regionale Wasserkreisläufe können sich verändern, und in manchen Regionen Überschwemmungen damit

die Versalzung der Böden fördern. In anderen hingegen droht Wassermangel. Die derzeitige Praxis des Sojaanbaus wirkt sich also negativ auf wichtige Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Die EU ist nach China zweitwichtigster Markt für Soja. Sie muss die Probleme des Sojaanbaus für das Erreichen der SDGs gegenüber den Exportländern thematisieren. Ein Ziel muss dabei sein, die Importe insgesamt zu beschränken und die verbleibenden Mengen aus Anbausystemen zu beziehen, die nicht zur weiteren

Entwaldung beitragen und ohne Gentechnik auskommen. Gleichzeitig muss darüber gesprochen werden, wie sich mit vielfältigeren und nachhaltigeren Produktionssystemen Wertschöpfung und Beschäftigung in den ländlichen Räumen Südamerikas steigern lässt.

*Tobias Reichert, Germanwatch &
Dr. Christoph Then, Testbiotech*

**Die Studie finden Sie unter:
www.germanwatch.org/15896**

Viehhaltung in Tansania unter Druck

Erfahrungen aus einem Süd-Nord-Austauschprojekt

Wenn junge engagierte Menschen aus Tansania, Indien und Deutschland drei Wochen zusammen unterwegs sind, ist Ernährung im interkulturellen Kontext schnell Gesprächsthema. Die tansanischen TeilnehmerInnen des Austauschprojektes „Education for Climate Leadership“ waren bei ihrem Besuch in Deutschland Ende 2017 etwa verwundert über das rein vegetarische Essen. Industrielle Fleischproduktion im Globalen Norden und ihre klimapolitische Relevanz wurde damit Thema des Austauschs, der sich um Klimaschutz (SDG 13) drehte.

In Tansania erwartete die deutsche Gruppe nun im Juni das Gegenteil. Die tansanische Küche ist äußerst fleischhaltig: Frittierte Spieße mit Hühnchen-, Rind- oder Ziegenfleisch waren sogar Bestandteil der Kaffeepausen. Über den Austausch lernte die deutsche Gruppe, dass Fleischproduktion in Tansania auch konfliktbehaftet sein kann.

Viehhaltung findet in Tansania traditionell weitgehend nomadisch statt. Das bedeutet, dass Hirten das Vieh zum Grasen auf Weiden und zum Tränken zu Wasserlöchern treiben. In den ländlichen Gebieten Tansanias stellt das eine wichtige Einkommensquelle dar. Der Besitz großer Herden ist für die Hirten auch ein Zeichen des Wohlstandes. Auf der KonsumentInnenseite führt bislang eine wachsende Mittelschicht zu weiter steigendem Fleischkonsum. Die Hirten versprechen sich von großen Herden mehr Ansehen aber auch mehr Einkommen.

Die Viehwirtschaft in Tansania gerät zusehends unter Druck: Die Infrastruktur für Schlachtung und Weiterverarbeitung ist alt und in schlechtem Zustand. Hier stellen sich zudem zunehmend Fragen des Tierwohls. Tansania hat 2008 den Animal Welfare Act verabschiedet, die Umsetzung gelingt aber bisher nicht. Laut Gesetz dürfen Tiere eigentlich nicht mit Stöcken traktiert werden, um sie auf einen Transporter

zu treiben oder sie daraus zu entladen. Zudem müssen ihnen in beiden Fällen Rampen zur Verfügung stehen und die Transporter dürfen nicht überladen werden. Auf den Viehmärkten muss den Tieren eine Möglichkeit zum Unterstellen, Fressen und Trinken geboten werden.

Ein besonderer Konflikt, der den Teilnehmenden während des Austauschs begegnete, wurde durch den Besuch der Organisation Hakikazi Catalyst in Arusha deutlich. Dort trafen die Teilnehmenden auf Alais Morindat, selber Massai, Massai-Lobbyist und Universitätsdozent. Er kritisierte, dass die Tansanische Regierung die halbnomadischen Massai mit der Ausweisung immer weiterer Nationalparkflächen um ihre traditionelle Lebensweise bringe, die viel mit Viehhaltung zu tun hat. Früher lebten die Massai und ihre Herden – im Zusammenspiel mit den Wildtieren. Heute müssen sie die Viehhaltung teilweise ganz aufgeben, weil sie mit ihren Herden nicht mehr zu den Wasserstellen in den Nationalparks dürfen. Aus der Sicht von Morindat wird der Naturschutz auch unter dem Vorwand der Tourismusförderung vorgeschoben, um den Massai ihre Lebensgrundlage langsam strittig und sie sesshaft zu machen.

Für Germanwatch sind die Austauscherfahrungen sehr wertvoll. Viele Impulse aus Südperspektiven helfen, die eigene Arbeit zu hinterfragen und unsere transformative Bildungsarbeit weiterzuentwickeln. Der Austausch ermächtigt die Teilnehmenden, ihre Organisationen und uns dazu, gemeinsam Anregungen für die weitere Entwicklung in Tansania, aber auch für unseren eigenen Transformationsweg in der Landwirtschafts- und Ernährungsfrage zu bekommen.

Cornelius Dahm



Eine frei weidende Ziegenherde im District Monduli.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- ☐ Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich).
www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen)
www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz.
www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- ☐ _____ Exemplare dieser Zeitungs Ausgabe. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/weitblick
- ➔ Gemeinsames Forderungspapier: Die EU-Agrarpolitik muss gesellschaftlichen Mehrwert bringen. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/15194
- ☐ Positionspapier: Germanwatch-Vorschlag für eine Neue Agrarpolitik der EU. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/14192
- ☐ Analyse: Fundamente statt Säulen: Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/13340
- ☐ Bildungsmaterial: Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung I und II. Je 5 Euro. www.germanwatch.org/de/14072 (I) bzw. www.germanwatch.org/de/14073 (II)

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Daniela Baum (V.i.S.d.P.), Gerold Kier,
Christoph Bals, Klemens van de Sand.
Stand: September 2018.
Layout: Dietmar Putscher, Köln.
Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

Termine

■ **Berlin, 19.10.:** Studienvorstellung und Debatte „Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft – oder warum weniger vom Schlechten nicht gut ist“, u.a. mit Tobias Reichert. Weitere Infos: www.germanwatch.org/node/15765



Bits & Bäume

Die Konferenz für Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

17.-18.11.2018, Technische Universität Berlin
Weitere Infos: www.germanwatch.org/node/15376

■ **Vallendar, 23.+24.11.:** Strategietage Globale Lebensstile, u.a. mit Melanie Gehenzig, Stefan Rostock, Christoph Bals und Rixa Schwarz.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/15837

_____ Name

_____ Vorname

_____ Evtl. Organisation/Firma

_____ Straße, Nr.

_____ PLZ, Ort

_____ Tel./Fax

_____ E-Mail

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- ☐ Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- ☐ Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
☐ monatlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich
den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht.
Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen.
Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

_____ Konto-Nr.

_____ Geldinstitut

_____ BLZ

_____ Datum

_____ Unterschrift

_____ Name

_____ Vorname

_____ Straße / Nr.

_____ PLZ/Ort

_____ Tel.

_____ E-Mail

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden
(Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.